Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schulte-Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der umstehenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen Westfalen, Fernspr. Nr. 1.

Nr. 195 — Freitag, den 22. August 1919 — 47. Jahrgang

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 21. August.)

Ein von den Abgeordneten aller Parteien eingebrachter Antrag, notleidenden Kriegshinterbliebenen Beihilfen zu gewähren, wird, nach der Erklärung des Vizepräsidenten Löbe, die Regierung sei mit dem Antrag einverstanden, einstimmig angenommen. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über

die Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Das drei Gebiete behandelnde Gesetz: Arbeitsverfassung, Arbeitsverweisung und Arbeitsrecht, stellt eine grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftslebens dar. Der 9. November warf den Rätegedanken in die öffentliche Diskussion. Die Regierung hat erklärt, daß sie ein Rätesystem mit politischen Aufgaben ablehne, dagegen hat sie sich den Gedanken, die Räte mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu betrauen, zu eigen gemacht und im Artikel 165 der Verfassung festgelegt. Diesem ersten Gesetz werden andere folgen über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte. Weite Kreise der Arbeitgeber halten politische und gesetzliche Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für unmöglich. Dem Widerspruch von rechts steht ein genau so scharfer Widerspruch von links gegenüber. Was denen zu weit geht, geht diesen nicht weit genug. Diese verlangen die Sozialisierung der Betriebe. Der Wirkungskreis eines Betriebsrates ist viel zu eng, um diesen Gedanken zu verwirklichen. Nur eine Stelle mit einem großen wirtschaftlichen Tätigkeitsgebiet kann das. Die später geschaffenen Wirtschaftsräte werden sich der Aufgabe vielleicht unterziehen können. Für den Gedanken der Mitwirkung der Arbeiterschaft an den Arbeitsbedingungen haben sich die Gewerkschaften im weiten Maße erklärt. Auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Einstellung neuer Arbeiter oder bei Kündigungen und Entlassungen ist ein Recht, das bereits unter der Demobilmachung bestanden hat. Als Gründe gelten: Rückgang der Aufträge, schlechte Zeit, Verbesserungen der Betriebseinrichtungen. Narren sollen vermieden werden. Die Besorgnis, die Betriebsräte erhielten das volle Recht, in alle Dispositionen hineinzureden, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht begründet. Auf sozialem Gebiet werden sie erreichen, daß die Arbeitsordnung ein Bestandteil des Arbeitsvertrages wird, weshalb der Arbeiter an ihrer Ausführung ebenso mitwirken können muß, wie an den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gegen das Gesetz ist auch das heute allgemein angewandte Mittel der Drohung gebraucht worden, Arbeitgeber und Großhandel wollten bei Annahme des Gesetzes auswandern. Auf der anderen Seite besteht doch die Gefahr, daß gerade auch die tüchtigsten und besten Arbeiter auswandern. Diese Gefahr ist für uns eben so groß wie die andere. Dem Wunsch der höheren Beamten und Angestellten, sowie der Medaikure, nach besonderen Betriebsräten kann nicht stattgegeben werden. Die zahlreichen und weitgehenden Bedenken gegen das Gesetz sollte man im Interesse seines Zweckes zurückstellen. Das Ziel der Arbeit soll das Gemeinwohl sein. (Beifall.)

Abg. Schneider-Sachsen (D.): Zur Vermeidung von Konflikten muß eine klare Umgrenzung Platz greifen. Die Vertretung für den Handel muß anders gestaltet werden als für die Industrie und für die Landwirtschaft. Der Entwicklung sollte man einigen Spielraum lassen. Soll ein Betriebswerk etwas leisten, so bedarf es einer Erfahrung, die eine jahrelange Vorbildung erfordert. Mit 24 Jahren kann kein Mensch einen tieferen Einblick in die Wirtschaftsordnung gewonnen haben. Man kann den Arbeitgebern wirklich nicht verübeln, wenn sie sich gegen allzuweit gehende Eingriffe in die Betriebe wehren, da sie mit ihrer Person und ihrem Vermögen für das Unternehmen haften. Aber sonst ist die Arbeitgeberschaft durchaus bereit, der Arbeitnehmerschaft nicht nur weitgehende Aufschlüsse über Betriebsvorgänge zu geben, sondern ihr auch ein Einspruchsrecht zu gewähren. Die Atmosphäre für eine Verständigung ist also vorhanden. — Abg. Dr. Delbrück (Z.-N.): Das Gesetz ist von der Regierung wiederholt als ein überaus dringliches bezeichnet worden. Diese Dringlichkeit dürfte aber nur in rein politischen Opportunitätsrücksichten liegen. Das beweisen die immer radikaler gewordenen Entwürfe. Die Regierung sollte sich hüten, bei Behandlung dieser Frage gewaltsam von vorn her Umwälzungen durchzuführen, für die die Beteiligten noch nicht reif, und für die der augenblickliche Zustand unseres Wirtschaftslebens so ungeeignet ist, wie nur möglich ist. (Lebhafter Beifall und Zustimmung rechts.) Auch im Ausbau des Rätegedankens muß dem Charakter unseres Wirtschaftslebens Rechnung getragen werden, der nun einmal kapitalistischer ist. Ich würde es für besser gehalten haben, wenn man vor allem an die durch die Verordnung vom 15. November 1918 regierungsseits anerkannten Arbeitsgemeinschaften anknüpfen und sie weiter ausbauen würde. Im übrigen halte ich den Versuch, alle Arten von Betrieben nach bestimmten Schablone zu behandeln, für falsch und gefährlich. Falsch ist es auch, daß man einzelne Grundsätze auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit ganz verschiedener Schulung anwenden will. Auch das Wahlrecht gibt zu Bedenken Anlaß. Die Mitwirkung der Räte auf Einstellungen und Entlassungen geht entschieden zu weit.

Abg. Winnefeld (D. V.): Durch dieses Gesetz muß jede Wirtschaftsgruppe erfaßt werden. Keine darf sich zurückgesetzt fühlen. Der Redner, der sich im weiteren den einzelnen Entwurfsbestimmungen zuwendet, hält das Wahlbarkeitsalter von 24 Jahren bedenklich, ebenso wie das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei den Einstellungen und Entlassungen vom Standpunkt der Arbeiter aus. Das Gesetz müsse, um wirklich zu einer sozialen Wohltat zu werden, in allen Einzelheiten nach praktischen Rücksichten gründlich durchdacht werden. — Abg. Braß (U.): Die Regierung hat es versäumt die Räte zu dem festesten Stützpunkt der Revolution zu machen. Mit diesem Gesetzentwurf sind wir nicht einverstanden. Er ist keine große Errungenschaft, da er die Fortschritte der Industrie der Allgemeinheit nicht dienstbar macht und die Privatwirtschaft in ihren unschönen Formen stützt. Wir verlangen mehr Selbstverwaltung, dann auch mehr Einheitlichkeit des Aufbaues bis zum Reichswirtschaftsrat. — Abg. Dietrich-Lieguitz (S.): Das Gesetz ist ein Fortschritt, bringt aber keine Verwirklichung des Sozialismus. Wir brauchen dafür eine Reorganisation der gesamten Volkswirtschaft. Die Arbeiterschaft vermag die gewaltige Aufgabe des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft nur in Mitarbeit mit den leitenden Männern zu erfüllen. — Abg. Ehrhardt (Z.): Von dem Gesetzentwurf befürchtet die Industrie einen weiteren Rückgang der Produktion, die Landwirtschaft eine Einschränkung der Entschließungsmöglichkeiten. Der Entwurf bringt garnicht so wesentliche und grundstürzende Neuerungen, wie manche glauben, da vieles schon durch die Tarifverträge verwirklicht ist. Alle einzelnen Bestimmungen billigen wir nicht. Was die Aufgaben der Betriebsräte anlangt, so haben wir gegen eine Anzahl der Vorschläge des Entwurfes erhebliche Bedenken, insbesondere der Mitwirkung der Betriebsräte bei den Neueinstellungen. Wir werden uns sehr überlegen, einer Bestimmung unsere Zustimmung zu geben, die unter Umständen die Zahl der Arbeitslosen vermehrt.

Die Vorlage geht an den Siebener-(sozialpolitischen) Ausschuß.

Auf Wunsch sämtlicher Fraktionen wird noch nachträglich der Ausschußbericht über die Notstandsversorgung mit Oberkleidung und Schuhwerk sowie über den Abbau der Zwangswirtschaft in der Textilindustrie erledigt, soweit er die Einsetzung eines parlamentarischen Ueberwachungsausschusses betrifft und soweit er die Aufgabe hat, die schleunigst einzuleitende Liquidation der Reichstextilaktiengesellschaft zu überwachen. Der Ausschußantrag wird angenommen, und die 7 Mitglieder des Ausschusses sofort gewählt.

Präsident Fehrenbach

beraumt die nächste Sitzung auf 5 Uhr an mit der Tagesordnung: Vereidigung des Reichspräsidenten. Der Präsident bemerkt: Wir stehen am Schlusse eines Tagungsabschnittes von ganz außerordentlicher Arbeitsfülle. Wenn wir mit gewisser Hast arbeiten mußten, so ist das auf die Rechnung der außerordentlichen Verhältnisse zu setzen. (Zustimmung.) Wir mußten ein zusammengebrochenes Haus wieder neu aufbauen; die ungeheure Arbeit ist vom Hause in fleißigster Tätigkeit geleistet worden. Die Ferien für die Ausschüsse erstrecken sich bis Dienstag, den 23. September, die Vollversammlung wird Dienstag, den 30. September in Berlin wieder zusammentreten; vorausgesetzt, daß außerordentliche Verhältnisse nicht die Notwendigkeit einer früheren Tagung bedingen. Ich ersuche das Haus um die Ermächtigung, im Bedarfsfalle auch schon eine frühere Einberufung ergehen zu lassen, wobei ich hoffe, daß dieser Fall nicht eintreten wird. Ebenso ersuche ich um Ermächtigung der Feststellung der Tagesordnung. Es erhebt kein Einwand, also darf ich annehmen, daß das Haus mit meinem Vorschlage einverstanden ist.

Schluß 1 Uhr, nächste Sitzung nachmittags 5 Uhr pünktlich. Tagesordnung: Vereidigung des Reichspräsidenten.

Die Vereidigung des Präsidenten.

Von den Vizepräsidenten und Schriftführern geleitet, betrat der Reichspräsident den Saal und wurde vom Präsidenten Fehrenbach in die Mitte des Raumes vor die Präsidialtribüne geleitet. Die versammelten Mitglieder des Reichsrates erhoben sich zur Begrüßung, ebenso die gesamte Nationalversammlung, die ziemlich besetzt war, während die Plätze der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialdemokraten leer geblieben waren. Präsident Fehrenbach richtete an den Reichspräsidenten die folgenden Worte: Herr Präsident! Artikel 42 unserer in Kraft getretenen Reichsverfassung ordnet an, daß Sie den Eid auf die Verfassung zu leisten haben. Ich habe zur Vornahme dieser ernsten feierlichen Handlung diese Sitzung anberaumt. Ich bitte das gesamte Haus, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) (Nachdem die die Eidesformel enthaltende Urkunde dem Reichspräsidenten überreicht worden war, fuhr Präsident Fehrenbach fort): Euer Exzellenz, ich bitte Sie, den vorgeschriebenen Eid zu leisten. Der Reichspräsident sprach mit markiger Stimme die vorgeschriebene Eidesformel.

Hierauf richtete der Präsident Fehrenbach an den Reichspräsidenten eine Ansprache, auf die Präsident Ebert mit kurzen Worten erwiderte. Darauf sprach Abg. Payer dem Präsidenten Fehrenbach in warmen Worten den Dank des Hauses für die Führung der Geschäfte aus. Bewegt dankte Präsident Fehrenbach und übertrug den Dank auf seine Kollegen in der Präsidentschaft, die Schriftführer, das Büro des Hauses und die Beamten und schloß mit dem Rufe: „Unser deutsches Volk, unser geliebtes deutsches Vaterland, es lebe hoch!" Bewegt stimmte die Versammlung ein.

Der Präsident schloß die Sitzung und von neuem erklangen Orgeltöne durch den Raum, der sich langsam leerte.

Eine Ansprache Eberts.

Vor dem Hause war inzwischen die Zuschauermenge noch angewachsen. Alle Fenster der umliegenden Häuser waren dicht besetzt. Abgeordnete und Minister versammelten sich auf dem Altan des Nationaltheaters. Inmitten des Präsidiums der Nationalversammlung trat der Reichspräsident an die Brüstung und hielt an die auf dem Platz vor dem Theater stehende Volksmenge eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Zum ersten Male hat heute das Volk mich selbst in Pflicht und Eid genommen. Kein Auftrag von unverantwortlicher Stelle, keine Berufung von oben her ist durch meinen Schwur auf die Verfassung belastet worden, sondern in die Hände des ersten Mannes der Volksvertretung habe ich Treue gelobt in dem Amt, das mir diese Volksvertretung anvertraut hat. Ein Volk, gleich und gleichberechtigt an Haupt und Gliedern, das soll der heutige Tag vor allen Deutschen bezeugen. Kein neues, willkürliches, nach Parteigründen zugeschnittenes Recht haben wir in der Verfassung geschaffen. Wir sind vielmehr aufs neue vom alten Recht ausgegangen, das zerstückelt war, vom Recht, das mit uns geboren, vom Recht, das dem Volke vorenthalten war und nun vom Volke selbst errungen und versichert worden ist. Darum sagen wir mit Ludwig Uhland: Das gute alte Recht, das, aller Verfälschungen und Erzwungenheiten entkleidet, ist heute Allgemeingut, da es Erbe des deutschen Volkes und soll es bleiben für immer. In diesem Sinne und Glauben erneuere ich vor Euch den Schwur der Treue zum Volke und zum Volksrecht. Laßt uns zusammenstehen in dem harten Lebenskampf unseres Volkes, ruft es mit mir zum Gelöbnis dieser unsäglichen Gemeinsamkeit, daß es von hier, vom Herzen Deutschlands, dem Schauplatz unvergänglicher geistiger Taten, hinausklingt ins ganze deutsche Vaterland, in Städte und Dörfer, in Fabriken und Werkstätten: Unser geliebtes deutsches Vaterland, es lebe hoch!

Die Volksmenge stimmte brausend in den Hochruf ein. Die Musik spielte „Deutschland, Deutschland über alles", dessen ersten Vers die Volksmenge mitsang. Unter den Klängen der Militärkapelle fuhr der Reichspräsident im Auto davon.

Die Lage in Oberschlesien.

(TU) Im gesamten Aufstandsgebiet ist es gestern nicht mehr zu größeren Kämpfen gekommen. Hier und da gab es noch kleinere Plänkeleien und Schießereien, die aber ohne jede größere Bedeutung waren. Die Truppen haben überall die Ordnung wieder hergestellt und an allen Orten die Massen in der Hand. Das scharfe Durchgreifen des Militärs hat anscheinend die Bevölkerung zur Vernunft gebracht und weitere Kämpfe vermieden. Gleichwohl muß damit gerechnet werden, daß sich noch zerstreute Banden wieder zusammenfinden und erneut Widerstand leisten. — Die Arbeit in den Gruben ist noch nicht in vollem Umfange wieder aufgenommen worden, nur ein prozentual kleiner Teil der Belegschaft ist zur Arbeit erschienen. Die Verängstigung der Arbeiter, insbesondere die Furcht vor den Spartakisten ist so groß, daß die Bergarbeiter vorläufig noch zu Hause bleiben.

Von zuständiger Seite erfährt das Wolffbüro, daß es immer klarer wird, daß der oberschlesische Aufstand durch die Polen mit Hilfe spartakistischer und kommunistischer Elemente eingeleitet worden ist, um bei der durch den Friedensvertrag vorgesehenen Abstimmung durch vorherige Besetzung des oberschlesischen Gebietes eine vollendete Tatsache zu schaffen. Ebenso wie in Posen ist die preußische Regierung sich mit den anderen in Frage kommenden Stellen der Entente darin einig, daß ein derartiges Vorgehen der Polen jedes rechtlichen Grundes entbehre, und wird mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, den Aufstand unterdrücken. Sie hofft aber, die abgebrochenen Verhandlungen in befriedigender Weise fortsetzen zu können. Ebenso wie es die polnischen Unterhändler hoffen, um so eine Grundlage zu schaffen zu späterem gutnachbarlichem Einvernehmen.

Ueber die Schreckensherrschaft polnischer Banden

wird uns berichtet: In Birkental bei Myslowitz üben die polnischen Banden eine Schreckensherrschaft aus. Fünf Geiseln wurden festgenommen, darunter der Amtsvorsteher und seine Söhne. Die deutschen Truppen, die schwere Verluste hatten, haben Myslowitz vollständig gesäubert. Gestern wurde bei Birkental heftig gekämpft. Morgens 3 Uhr versuchten die Aufständischen, den Bahnhof in Godow und einen dort stehenden Panzerzug zu stürmen, wurden aber zurückgeschlagen. Um 8 Uhr hatte sich das Militär des Ortes bemächtigt. Ein Rädelsführer wurde erschossen. Der Pfarrer des Ortes wurde, weil er deutsch gesinnt ist, von den polnischen Leuten schwer mißhandelt. Ebenso erging es dem Pfarrer von Morawe. Der Amtsvorsteher wurde von den Aufrührern festgenommen. Ueber seinen Verbleib ist noch nichts zu erfahren gewesen. Seine Familie konnte noch rechtzeitig flüchten. Bei dem Kampfe um Godow stießen unsere Truppen auf fünf Banditen, die neben anderen wichtigen Dokumenten den Geheimbefehl hatten, sämtliche Grenzschutzleute zu ermorden. Die fünf Banditen wurden standrechtlich erschossen. Dem Beuthener Gerichtsgefängnis sind bis jetzt über hundert Banditen zugeführt worden, die sich an den Putschversuchen beteiligt hatten. Auch an allen Ecken des Kreises Rybnik tobten Bandenkämpfe. Die bewaffneten polnischen Banden wurden überall unter beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Bemerkenswerte Zusammenrottungen fanden in Oberschwieklau statt, wohin ein Panzerzug fuhr. Das Militär ist Herr der Lage.

Die Berliner Beschlüsse über Oberschlesien.

(TU) Die Verhandlungen über Oberschlesien zwischen der deutschen Regierung und den polnischen Vertretern, die heute früh unter Teilnahme des Reichswehrministers Noske und des Chefs der französischen Mission, General Dupont, begonnen haben, ergaben folgende gemeinsam gefaßte Beschlüsse: 1. Es werden von deutscher Seite keine Erschießungen mehr vorgenommen. 2. Morgen fährt eine interalliierte Kommission nach Oberschlesien. 3. Die in Berlin anwesende polnische Abordnung fährt morgen für einige Tage nach Warschau, bis die interalliierte Kommission über die Zustände in Oberschlesien Bericht erstattet hat. 4. Morgen um 10 Uhr vormittags findet eine Schlußsitzung in Sachen Oberschlesien statt, nach welcher die polnische Abordnung abreist.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

(TU) Die Verhandlungen mit der polnischen Delegation wurden gestern nachmittag 4 Uhr unter Teilnahme der Ententemission fortgesetzt. Es wurde eingehend über die Sicherungen und behördlichen Maßnahmen zum Schutze der Ententekommission, die Oberschlesien bereisen soll, beraten. Die Sitzung wurde auf Wunsch der preußischen Regierung, die noch genaue Informationen einholen will, auf heute vormittag vertagt. Zu den Meldungen über die geplante Errichtung einer Demarkationslinie in Oberschlesien ist zu sagen, daß es sich lediglich darum handelt, einen Zwischenraum zwischen der deutschen und der polnischen Grenze zu schaffen der einen Uebertritt von Banden oder Truppen verhindern soll.

Die Krisis in Ungarn.

Das Neuersche Büro meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz ein Telegramm von Erzherzog Josef erhalten hat, in dem er mitteilt, daß er nur solange im Amte bleiben wolle, bis die konstituierende Versammlung über die künftige Form der Regierung Ungarns entschieden hat.

In Steinamanger ist der Oberst Lehar, ein Bruder des bekannten Operettenkomponisten, eingetroffen um die Anschlußbestrebungen der westungarischen Deutschen als staatsverbrecherisch mit allen Mitteln zu unterdrücken. Er hat schon seit längerer Zeit Offiziersbanden organisiert, die jetzt in Tätigkeit treten. Es wurden bereits zahlreiche Verhaftungen unter den deutschen Bauern und Arbeitern vorgenommen, die unter den schwersten Mißhandlungen der entmenschten Soldateska nach Steinamanger abgeführt wurden. Viele Flüchtlinge sind bereits, um sich in Sicherheit zu bringen, in Fürstenfeld eingetroffen, von wo immer dringender der Einmarsch der Steierer verlangt wird. Alle Gemeinden Deutsch-Westungarns, wo am Sonntag Volksversammlungen stattgefunden haben, erhielten Besatzungen von 30 Mann mit zwei Maschinengewehren, die die sofortige Ablieferung der Waffen bei Androhung der Todesstrafe und der Einäscherung des Ortes fordern. Die Ungarn haben die Grenze gegen Steiermark gesperrt. Der Bauernführer Wellinger wurde von ungarischen Gendarmen verhaftet und nach St. Gotthardt eingeliefert. Die deutschungarischen Gemeinden ersuchten telegraphisch die Ententekommissionen um seine Freilassung.

Ueber ganz Ungarn ist das Standrecht erklärt worden. Ein Teil der rumänischen Besatzungstruppen ist aus Budapest abgezogen. Alliierte Truppen werden ein gemischtes Polizeikorps von 6000 Mann bilden

Tagesereignisse.

— **(Wilson in Not.)** Wie das „Algemeen Handelsblad" aus Paris meldet, schreibt „Echo de Paris" aus Washington, Wilson habe erklärt, daß er den Friedensvertrag, falls der Senat Abänderungen beschließe, zurückziehen und Knox und Lodge nach Paris schicken würde, um mit Deutschland einen neuen Vertrag abzuschließen.

— **(Ankunft von 3000 Kriegsgefangenen.)** In der Pfalz und im Saargebiet sind in der letzten Woche weitere Züge mit deutschen Kriegsgefangenen — zusammen bis zu 3000 Mann — eingetroffen.

— **(Gegen eine Staatenbildung am Rhein.)** Wie der Frankf. Ztg. aus Wiesbaden gemeldet wird, haben die demokratische Partei, die sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei sich mit einem längeren Aufruf an die Bevölkerung des besetzten Gebietes gewandt, in welchem eine vorzeitige Staatenbildung am Rhein energisch bekämpft wird.

— **(Vor neuen spartakistischen Putschen?)** Aus Weimar wird gemeldet, daß die Regierung aus verschiedenen Teilen Deutschlands unanfechtbare Beweise erhalten hat, die auf neue spartakistische Putsche hinweisen. Es handelt sich um neue Streiks, Plünderungen zur Störung der Herbsternte, Felddiebstähle in großem Stil, Ueberfälle auf Güter, Verkehrsunterbrechungen usw. Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt dazu, daß ihres Wissens neue spartakistische Unruhen für Anfang Oktober bevorstehen.

— **Die spartakistische und kommunistische Bewegung** nimmt an einzelnen Plätzen, wie Breslau, Magdeburg, Bremen, Braunschweig und München überhand, und es läßt sich genau feststellen, daß diese Plätze als Zentren für spartakistische Putsche gedacht sind. Die Regierung hat alle nötigen Vorkehrungen getroffen.

— **(Unwahr.)** Die B. Z. am Mittag erfährt von zuständiger Stelle im Finanzministerium, daß die Meldung der „Freiheit", der Finanzminister Südekum habe dem Kabinett eine Vorlage über die Zahlung einer Abfindung von 170 Millionen an den ehemaligen Kaiser unterbreitet, vollkommen unwahr ist.

— **(Der Herzog von Braunschweig in Holland.)** Der ehemalige Herzog und die Herzogin von Braunschweig befinden sich seit einiger Zeit in Scheveningen. Der Herzog will sich für ständig im Haag niederlassen.

— **(Absturz eines Fliegerhelden.)** Leutnant Bongartz aus Berlin, Besieger von 39 feindlichen Fliegern und Leiter des Flugplatzes Gelsenkirchen, stürzte bei einem Schauflug in Neheim aus 50 Meter Höhe herab. Sein Zustand soll hoffnungslos sein.

— **(Für die Hungernden im Erzgebirge.)** Der Oesterreichisch-Deutsche Arbeitsausschuß in Berlin W. 50 ruft angesichts des furchtbaren Hungerelendes der Kinder im Deutschböhmischen Erzgebirge zur Hilfeleistung und zur Einsendung von Spenden auf.

— **Die Höhe der in Deutschland aufzubringenden jährlichen Abgaben** darf nach dem Friedensvertrage nicht hinter derjenigen des Ententestaates zurückbleiben, welcher die höchsten Lasten hat. Das heißt, wir müssen mindestens ebensoviel Steuern Jahr für Jahr aufbringen, wie Frankreich. Das steht fest. Und ebenso auch, daß diese Abgaben vorwiegend zur Zahlung der Kriegsentschädigungen an die Entente verwendet werden sollen, worüber die Wiedergutmachungskommission in Paris zu wachen hat. Das steht wörtlich im Friedensvertrage, und die neulich in Weimar aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten, ob die Entente die Erträge der großen Vermögensabgabe beanspruchen könne oder nicht, sind also müßig. Sie kann diese Milliarden verlangen. Und die Steuersumme, welche Deutschland aufbringen kann, wird Franzosen und Engländern den Mund erst recht wässerig machen. Sie haben ja das Recht, den Betrag festzusetzen, den sie als Entschädigung verlangen wollen. Daß sie uns nicht geben, was sie nicht müssen, können wir aus der Zurückhaltung unserer Gefangenen und der hohen Kohlenförderung erkennen, von der bisher, entgegen den ausgesprochenen Erwartungen, nichts, gar nichts ermäßigt ist.

— **(Protestpartei in Elsaß-Lothringen.)** Frankreich wird mit dem bisherigen deutschen Reichsland augenscheinlich dasselbe erleben, was wir nach 1871 fanden, die Bildung einer Protestpartei. Die Elsaß-Lothringer haben schon jetzt von dem Segen der französischen Verwaltung genug, sie hätten in ihrer Mehrheit die deutsche Reichsangehörigkeit vorgezogen. Da diese nicht zu erlangen war, bestehen sie nunmehr um so entschiedener auf der Selbstverwaltung, und allen französischen Anstrengungen will es nicht gelingen, diese Bewegung zu unterdrücken. Daß in Paris keinerlei Neigung besteht, darauf einzugehen, ist deutlich, und so wird es heftige Kämpfe absetzen.

— **Französische Militärjustiz in Mainz.** Das Kriegsgericht der französischen 10. Armee in Mainz sprach wegen Diebstahls zum Nachteil der französischen Armee Strafen bis zu 10 Jahren Zuchthaus aus, weil die gestohlenen Gegenstände, wie Wäsche, Bekleidungsgegenstände usw. aus dem Lazarett Rochus-Hospital stammen und daher französisches Heereseigentum waren.

— **(3000 Kommunisten vor Gericht.)** Die Staatsanwaltschaft in Budapest trifft Vorbereitungen zu einem Massenprozeß gegen die Kommunistenführer, von denen über 3000 vor Gericht gestellt werden sollen. Sämtliche Vermögen der gewesenen Volkskommissare wurden beschlagnahmt.

— **(Graf Czernin und der Sixtusbrief.)** Der ehemalige Ministerpräsident Graf Ottokar Czernin erklärte gegenüber der Behauptung des ehemaligen Kabinettsdirektors Kaiser Karls, Polzer, bezüglich des Sixtusbriefes, daß er (Czernin) die volle Verantwortung für alles, was er dem Prinzen seinerzeit gesagt habe, übernehme, jedoch die Verantwortung für Mitteilungen an den Prinzen, die hinter seinem Rücken erfolgt sind, ablehnen müsse. Reichskanzler Bethmann-Hollweg wurde damals sofort von dem Inhalt der Unterredung unterrichtet. Ueber jene Dinge, welche er damals selbst nicht wußte, habe er natürlich auch Bethmann-Hollweg nicht aufklären können. Czernin erklärt zum Schluß, daß Polzer nicht ausreichend informiert sei. Sollte eine Veröffentlichung über seine Kabinettspolitik erfolgen, so wäre er (Czernin) bereit, sein Beweismaterial, das er in dieser Angelegenheit besitze, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

— **(Tirol für die republikanische Staatsform.)** Der Tiroler Landtag hat sich Dienstag ohne Vorbehalt für die republikanische Staatsverfassung ausgesprochen und sich einstimmig gegen alle monarchischen Umtriebe verwahrt. Der Landtag erklärte sich ferner gegen die Einführung der Räteregierung oder die Schaffung einer einseitigen Diktatur.

— **(Lloyd Georges Wirtschaftsprogramm.)** In seiner Programmrede im englischen Unterhause gab Lloyd George u. a. einen Ueberblick über Handel und Industrie und kündigte eine Reihe von Gesetzesvorlagen an. So ist jetzt der englischen Regierung eine Vorlage bezüglich der Arbeitsstunden und Löhne eingereicht worden, die ein Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezweckt und gleichzeitig eine 48stündige Arbeitswoche und eine Lohnregelung einführen will. Ein Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern solle in höherem Maße gesichert und die Frage der Gewinnbeteiligung aufs neue geprüft werden. Lloyd George kündigte eine Gesetzesvorlage über die Regelung der Arbeitslosenfrage an. Dann sprach Lloyd George über die Kohlenfrage. Die Regierung könne den Plan über die Verstaatlichung der Bergwerke nicht annehmen, sie habe jedoch einen Plan zur Reorganisation angenommen und ferner beschlossen, Maßnahmen für ein Zusammenwirken zu erwägen, damit man zu besseren Lebensbedingungen in der allgemeinen Industrie kommt.

— **(England will Dagö und Oesel pachten.)** „Berlingske Tidende" meldet, daß England zur Zeit Verhandlungen führe, die die Verpachtung von Dagö und Oesel an England betreffen. England will dort einen großen Handelshafen, vielleicht auch Kriegshafen anlegen.

— **(Rumänien will nicht unterzeichnen.)** „Chicago Tribune" erfährt, daß Rumänien den österreichischen Friedensvertrag nicht unterzeichnen werde und daß es sich auch weigern werde, den ungarischen Friedensvertrag zu unterzeichnen, wenn er nach den gleichen Grundsätzen wie der österreichische aufgestellt werde.

Westfalen und Rheinland.

(W) **Dortmund**, 22. August. (Priv.-Tel. Hösch.) Der in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft Hösch in Dortmund vorgelegte Abschluß für 1918/19 weist einen Betriebsüberschuß von 8 075 450 (. V. 27 630 840 Mk.) auf. Unter Anwendung der bisherigen Sätze sind 5 610 900 Mark (. V. 7 031 355 Mk.) zu Abschreibungen verwandt. Nachdem aus früheren Sonderrückstellungen 9 311 762 Mark verrechnet sind, verbleibt ein Gesamtverlust von 8 450 988 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Eine Dividende wird nicht verteilt.

Zu dem ungünstigen Betriebsergebnis bemerkt die „Rhein.-Westf. Ztg.": „Der Abschluß gibt einen Vorgeschmack, wie die diesjährigen Ergebnisse bei unserer Großeisenindustrie ausfallen werden, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß Hösch eigentlich nicht zu den Werken gehört, die unter den ungünstigsten Bedingungen gearbeitet haben und vor allem dauernd beschäftigt gewesen sind. Aber es muß als feststehende Tatsache bezeichnet werden, daß seit den Revolutionstagen im November, seine Möglichkeit mehr bestand, mit Gewinn zu arbeiten, daß die Selbstkosten durch die Arbeiterunruhen und den Rückgang der Leistungen in einer Weise in die Höhe getrieben wurden, daß die Verluste von Monat zu Monat erhöhten. Die Ergebnisse der ersten Monate des mit dem 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahres wurden dadurch wieder aufgehoben. Daß es trotz aller Preiserhöhungen auch jetzt noch weiter abwärts geht mit unserer industriellen Wirtschaft, ist eine allseitig anerkannte Erscheinung, auf die nicht oft genug hingewiesen werden kann. Der Frieden schneidet unserer einst so mächtigen Industrie den Lebensfaden ab; mehr aber tun es noch unsere inneren Verhältnisse; an ihnen krankt das deutsche Volk, an ihnen geht unsere wirtschaftliche Macht zugrunde."

Gegen die Lebensmittel-Verschwendung.

(TBD) **Bochum**, 22. Aug. Unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters von Wedelstedt fand in Gelsenkirchen eine Versammlung von Vertretern der Stadt- und Landkreise sowie des Handels und der Industrie im rheinisch-westf. Industriebezirk statt, die sich mit der Lebensmittelversorgung des Bezirks durch die amtlichen Stellen beschäftigte. An den Reichsernährungsminister wurde ein Telegramm geschickt, worin es heißt:

„Die Versammlung erhebt einstimmig Protest gegen die Art der jetzigen Lebensmittelversorgung durch die Reichsbehörden und Kriegsgesellschaften, bei der gute Rohstoffe verderben und verschwendet, die Bevölkerung schwer geschädigt und die Kommunalverbände schließlich finanziell ruiniert werden. Es wird gefordert: Es dürfen nur gute und gangbare Waren erzeugt werden. Lieber etwas weniger, aber besser als bisher. Die Preise sind dem Warenwert und der Marktlage anzupassen. Von Zwangszumessungen nicht rationierter Waren ist abzusehen. Die Kommunalverbände werden solche nicht mehr annehmen. Kauf- und Zahlungsbedingungen müssen den guten Gebräuchen ordentlichen Handels vor dem Kriege entsprechen. Die Verteilung muß zweckmäßiger erfolgen als bisher. Ueberflüssige Transporte sind und Verluste müssen vermieden werden. Nahrungsmittelfabriken und Versorgungsgesellschaften sind schärfer als bisher zu überwachen. Unzuverlässige sind auszuschalten." Es wurde eine Abordnung gewählt, die dem Reichs-Ernährungsminister diese Forderungen mündlich begründen soll.

*

UT **Bielefeld**, 22. Aug. **(190 000 Mark unterschlagen.)** Der Kassenassistent Wulfmeyer bei der Kreissparkasse Herford hat im letzten Jahre rund 190 000 Mark unterschlagen. Wulfmeyer wurde mit seiner angeblichen Braut verhaftet. Er will von dem Gelde nichts mehr besitzen.

Minden, 22. Aug. **Die Stadtverordneten** gewährten dem Beamtenwohnungsverein, der 45 Wohnhäuser in der Südstadt errichten will, 135 000 Mark Baukosten-Ueberteuerungszuschuß; die Westfal-Siedlungsgesellschaft erhielt weiter 19 800 Mark.

Essen, 22. Aug. **(Posträuber ermittelt.)** Wie die „Rhein.-Westf. Ztg." erfährt, ist es den eifrigen Bemühungen der Kriminalpolizei gelungen, die Diebe ausfindig zu machen, die am 23. März 1918 auf dem Hauptpostamt ein Wertpaket mit 33 000 Mark Inhalt und am 21. Juni d. Js. ein Wertpaket mit 200 000 Mark erbeuteten. Es handelt sich um die Postbeamten Gottfried Cremer von hier und Wilhelm Sengotta aus Schonnebeck. Von dem gestohlenen Gelde konnten bisher 125 000 Mark wieder herbeigeschafft und der Post ausgehändigt werden. Teilweise wurde dieser Betrag im Garten des Mitangeklagten in Gütern vergraben vorgefunden.

Nahe vor dem Abgrunde.

Essen, 22. Aug. Im Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau gab Geheimer Bergrat Klöckner einen Ueberblick über die Lage des deutschen Kohlenmarktes und kennzeichnete dabei die trostlosen Aussichten, denen wir gegenüberstehen. Nach Auffassung der Sachverständigen steuern wir in 6 Wochen einem Zusammenbruche entgegen, wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohle zu steigern. An Lieferung von auch nur 20 Millionen Tonnen an den Verband sei offenbar nicht zu denken. In diesem Falle würden sämtliche Hochöfen ausgeblasen werden müssen, und das Wirtschaftsleben käme zum Stillstand. Eine Einfuhr ausländischer Kohle sei abgelehnt, abgesehen davon, daß im Auslande selbst ein großer Mangel an Kohle herrsche. Durch den ungünstigen Stand unserer Währung sei dies auch so gut wie ausgeschlossen. An die Aeußerungen des Geheimen Kommerzienrats Klöckner schloß sich eine längere Aussprache, aus der hervorging, daß die Meinung dieses Sachverständigen auf alle Teilnehmer den tiefsten Eindruck gemacht hatte.

Als Vertreter des Reichskohlenkommissars für die Kohlenverteilung hielt Generaldirektor Kongeter einen längeren Vortrag. Die Ausführungen dieses Herrn gipfelten in dem Eingeständnis einer geradezu erschütternd geringen Versorgung Deutschlands mit Kohle für den kommenden Winter. An Hand eines sehr umfangreichen Zahlenmaterials wurde dies im einzelnen nachgewiesen. Die Darstellungen des Generaldirektors Kongeter machten auf die Teilnehmer einen tiefen Eindruck. Sie werden nicht ohne tiefen Einfluß auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen des Ausschusses bleiben. Uebereinstimmend wurde der Wunsch geäußert, daß die Oeffentlichkeit mehr als bisher über die traurige Lage unserer Kohlen-Versorgung und damit die Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens unterrichtet wird. Interessant war es, daß in Vertretung von Arbeitern aus dem Berliner Baugewerbe ein Mitglied nach Essen entsandt hatte, um in bewegten Worten die Bergarbeiter eindringlich zu bitten, die Kohlenförderung zu steigern, da schon jetzt auf dem Berliner Baumarkt täglich Hunderte von Arbeitern entlassen werden müssen, weil es an Kohlen zur Herstellung der nötigen Baustoffe fehlt. Bei einer Verschärfung der Lage wäre eine Katastrophe unvermeidlich sein.

Ein vorbildliches Beispiel.

In Berlin fand eine Tagung des Verbandes inaktiver Unteroffiziere statt, die eine Entschließung faßte, in der es u. a. heißt: „Wir wollen keine Arbeitslosenunterstützung, sondern Arbeit, um unser Vaterland wieder aufzubauen. Wir verpflichten uns, unsere gefangenen Kameraden in Frankreich abzulösen und sind bereit, dort als freie Arbeiter nach Nordfrankreich zu gehen."

Dieser Beschluß ist ein wahrer Lichtblick in der jetzigen trüben Zeit. Zeigt er doch, daß es auch jetzt noch genügend pflichtbewußte Männer gibt, die sich ihrer Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber bewußt sind. Das wir ferner läßt er aber auch erkennen, daß die unter der früheren Regierung und von der Militärverwaltung vorgenommene Erziehung zur unbedingten Pflichterfüllung die Triebfeder des Handelns jener Unteroffiziere gewesen ist. Daraus ist zu folgern, daß nichts bitterer not tut, als den Geist des Pflichtbewußtseins, der aus kleinen Anfängen zu der glänzenden Form der Vorkriegszeit führte, im Volke wieder lebendig werden zu lassen. Nur dann ist es möglich, die verderbliche schrankenlose Sucht, die Arbeitsunlust und die Zügellosigkeit zu ersetzen durch ein auf idealen Grundsätzen ruhendes Tun, das allein uns aus den Nöten der Jetztzeit herausführen kann.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

21. Fortsetzung.

Die Leidende setzte sich aufrecht im Bett. „Endlich bist du da — und ich hab' so auf dich gewartet, mein Sohn!" Beinahe schluchzend nahm es von ihren Lippen.

Er neigte den dunkellockigen Kopf und küßte ihre Hand.

„Weil ich nur mit günstigen Resultaten kommen wollte, Mamachen —" er setzte sich auf den Bettrand und legte seinen Arm um den schmächtigen Oberkörper der Mutter — „sag' mir aber erst: Du bist krank — — und Gwendoline gab mir deutlich zu verstehen, daß ich die Schuld trage —"

„Nein, nein, mein Junge!"

„Ach, Mutter, es ist aber immer noch nichts —" er seufzte schwer, „dennoch aber trieb es mich hierher —" er drückte seine Lippen auf ihre Stirn — „liebes Mamachen, dein großer Junge hat dir so viel Kummer bereitet —! Ach, aber alle die Schwierigkeiten — wenn du wüßtest — den ganzen Tag bin ich herumgelaufen, und die Vorwürfe, die ich mir gemacht —"

Sie sah Tränen in seinen schönen, schwermütigen Zigeuneraugen blinken. Das entwaffnete sie ganz.

„Malte, so eilig ist's ja nicht! Ich weiß, du die ganze Summe so schnell nicht aufbringen kannst — aber entbehren kann ich das Geld nicht — —" leise, stockend, wie sich entschuldigend, sagte sie diese letzten Worte.

„Es wird auch nicht sein — ich sorge dafür! Schon in dem Gedanken an Gwendoline, die dir sicher Vorwürfe gemacht haben wird!" Etwas Lauerndes lag in dieser letzten Bemerkung.

„Wider Erwarten hat sie nichts gesagt! Malte, sie leidet auch darunter —" flüsterte die Baronin.

„Sie wird schon nicht zu kurz kommen! laß meine Sorge sein! — — Ich habe das Aeußerstes versucht, Mamachen — aber das ist mir fehlgeschlagen —" traurig blickte er vor sich hin. „Mutter, du weißt, wie sehr ich meine Freiheit noch schätze — ich fühle mich zu etwas Großem berufen — — lasse es dir gestehen: wenn auch Line mich für einen Tagedieb hält, ich weiß es besser — kann ich aber darüber sprechen? Nächtelang sitze ich an meinem Schreibtisch — ein Schauspiel harrt seiner Vollendung. Und dennoch: meine Freiheit, meine Zukunftsträume wollte ich aufgeben, wollte der Sklave eines Weibes werden — um dich, um Line zufrieden zu stellen, der ewigen Vorwürfe müde — —! Doch ich bin verschmäht — —"

Malte war ein guter Schauspieler und seiner Wirkung auf die Mutter sicher. Frau von Reinhardt lauschte beinahe andächtig seinen hochtrabenden, pathetischen Worten.

„Malte, mein lieber Sohn — wer —?" kam es da bang von ihren Lippen.

„Wer? Mamachen, du fragst noch —! Blanka —! Du selbst hattest mir doch diesen Weg gewiesen, und deinem Drängen folgte ich. Gelernt war es! Wie hatte ich mir ausgemalt, für dich zu sorgen, dir dein Leben gemütlich zu gestalten! Du solltest bei mir — bei uns bleiben — und ein einziges Wort hat alle meine Hoffnungen vernichtet, mich in schwere Sorgen gestürzt, mir meine Arbeitsfreudigkeit genommen! — Meine liebe Mutter — nun muß ich morgen von neuem herumlaufen, mich um das Geld bemühen —" es war ihm gelungen, seinen Augen Tränen zu erpressen.

Mit großen, traurigen Augen starrte die Baronin vor sich hin.

„Eine liebe Hoffnung ist mir zerstört! Blanka — deine Frau — Wenn das geworden wäre — aus allen Sorgen wären wir heraus!"

„Es ist doch nun aber nicht! Ja, ich wünschte es auch — wegen Line besonders! Deren Schuldner zu sein, drückt mich am meisten — ich mag ihr nicht mehr verpflichtet sein! Ich habe noch einen andern Plan, doch darf ich vorläufig nicht darüber sprechen — — habe noch ein wenig Geduld mit deinem großen, unnützen Jungen —" er legte seine Wange schmeichelnd an die der Mutter.

„Ich weiß, du wirst mir das Geld bringen — sorge dich nicht allzu sehr! Line macht doch bald ihr Examen und wird zum Herbst angestellt, und bis dahin helfen wir uns schon durch! Ich hab' ja noch die sehr wertvolle Brillantbrosche. — Und wenn Line mit Hanna verreist ist, könnte ich ja auch ein Zimmer vermieten — —" sie sah seine betrübte Miene, hörte sein Seufzen.

„Nimm dir das mit Blanka nicht zu sehr zu Herzen — sie ist so launenhaft und verwöhnt — — wer weiß, ob sie dich so gut verstanden hätte —"

„Mich versteht keines — nur du, Mamachen —" er küßte ihre weißen Hände.

Sie streichelte ihn, sprach ihm gut zu, sie wollte ihn wieder fröhlich sehen, ihn lachen hören! Er war ihr Sonnenschein, dessen kürzliche Zärtlichkeiten ihr so unendlich wohl taten. Mit abgöttischer Liebe hing sie an dem Sohn, er war ihr alles, sie lebte nur für ihn, ohne Besinnen hätte sie ihm alles opfern können!

Neuntes Kapitel.

Eilig zogen die Wolken ins Tal; wie dichte Schleier hingen sie herab, daß die Berge ganz verdeckt waren. Die großen, ernsten Tannen hoben sich scharf umrissen mit jedem Ast, mit jedem Zweiglein von dem grauen, undurchdringlichen Hintergrunde ab, der nichts von der Pracht ahnen ließ, die er verhüllte.

Weiß und dampfend kam es aus dem Moor, irgendwo einem kleinen Federwölkchen gleich, schwebte es davon, lustig, wesenlos, wuchs sich fasends, ballte sich zusammen, vereinigte sich mit anderen gleichen Gebilden, und stieg höher auf, bis es im Nebel wieder verschwand.

Immer von neuem wiederholte sich das Spiel, immer in anderen, phantastischen Formen, die quirlend aus dem grauen Nichts entstanden und im grauen Nichts zerflossen.

Die Nässe tropfte schwer an den Bäumen und auf den Wiesen wogten die weißen Nebel.

Kühl war es draußen, als ob es Herbst werden wollte. Im Ofen knisterten lustig die Buchenscheite, und rote Funken sprühten auf.

Ein feiner, süßer Blumenduft hing in dem traulichen Gemach. Er kam von dem übergroßen Strauß dunkelroter Rosen, der auf einem Tischchen neben einem mit bunter Decke belegten Diwan stand.

Liebevoll zupften schmale Mädchenfinger daran herum, und ein zartes Mädchengesicht neigte sich darüber, die samtigen Blumenblätter mit den Lippen kosend.

„Noch ist die blühende, goldene Zeit — noch sind die Tage der Rosen —" summte das Mädchen halblaut mit schwacher, leiser Stimme vor sich hin.

„Sing' du mir das Lied, du Liebe! Ich höre es so gern, wenn du es so machtvoll hinausjubelst —", und schmeichelnd legte die Sprechende ihre schmächtigen Arme um den Hals der Größeren, die, das Gesicht in die Hand gestützt, am Fenster saß und in das Wogen des Nebels hinausblickte.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen u. Rheinland.

Aus dem Wirtschaftsausschuß.

Kamen, 22. Aug. Der vorletzten Sitzung lag ein Antrag eines Dortmunder Händlers vor, der auf dem hiesigen Wochenmarkte **Pferdewurst zu 4 Mark verkaufen** wollte. Der Antrag wurde seinerzeit abgelehnt. In der letzten Sitzung am Mittwoch wurde eine Probe der Wurst vorgelegt und diese für gut befunden. Die Wurst ist aus Pferdefleisch hergestellt, das die Stadt Dortmund vor der Revolutionszeit hat einfrieren lassen. Da kürzlich noch für Pferdewurst erheblich niedrigere Preise einheitlich für den hiesigen Kreis festgesetzt wurden, war man im Wirtschaftsausschuß mehrfach der Ansicht, daß es im Interesse der Allgemeinheit liege, wenn man den Antrag ablehne. Man steigere dadurch nur die Preise und habe allen Grund, die festgesetzten Höchstpreise einzuhalten. Von anderer Seite wurde jedoch betont, daß Konkurrenz die Preise herunterdrücke und daß man zuerst den Abnehmern gute Wurst geben müsse. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit, und so wird dem Dortmunder Händler gestattet werden, auf dem hiesigen Wochenmarkte diese Wurst zum Preise von 4 Mark zu verkaufen. Das gleiche Recht wurde den hiesigen Metzgern eingeräumt. — **Bei dem Verkauf der Reichswaren** und der Ausgabe der Leinen-Bezugsscheine soll nicht alles ordnungsmäßig vonstatten gegangen sein. So sollen Frauen, die zuerst Bezugsscheine erhielten und sofort das Geschäft aufsuchten, kein Leinen bekommen haben, da solches nicht mehr vorhanden gewesen sei. Die Anfragen konnten nicht beantwortet werden, da ein Vertreter des Bekleidungsamtes in den neuen Wirtschaftsausschuß nicht hineingewählt wurde. Dieses soll jedoch demnächst nachgeholt werden. Im übrigen wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Herren Grieger, Schürhoff, Fischer, Frau Altena und Frau Gestinski, die die vorgebrachten Fälle genau untersuchen soll und demnächst Bericht erstatten wird. Weiter wird die Kommission ständig bei der Verteilung der Reichsware zugegen sein.

In der bekannten Angelegenheit des **Kaufes eines Ebers** durch den Metzgermeister Ebbinghaus waren die Akten zurückgefordert und durch Herrn Nieft geprüft, der darüber berichtet. E. hatte den Eber am 10. April von Herrn Barenbräuker abgeholt, zur Notschlachtung, die nach dem Urteil des Schlachthofdirektors Meyer nötig war, am 29. April bereits angemeldet. Der Schlachthofdirektor hat das Tier selbst gewogen und ein Gewicht von 91 Kilo festgestellt, während der Vorbesitzer behauptet, daß das Tier mindestens 4 Zentner gewogen habe. Das einzige strafbare Verschulden, das E. nachgewiesen werden konnte, war, daß er ein Tier über 25 Kilo überhaupt gekauft hatte. Hierzu hat E. angegeben, daß er im Felde gewesen, die einheimischen Bestimmungen daher nicht so genau kennen konnte. Da ein unverschuldeter Irrtum vorlag, mußte nach Anhörung des Westf. Viehhandelsverbandes die Einstellung des Verfahrens erfolgen. Ganz zufrieden war man mit diesem Verlauf nicht; man rügte, daß der Staatsanwalt es nicht für nötig gehalten habe, die Belastungszeugen zu hören.

Ueber das Ausschellen betr. die **Kartoffelabgabe** wird von den Bewohnern der Vorstädte Kamen berechtigte Klage geführt, da der Ausrufer nicht dorthin kommt. Um den Klagen ein Ende zu machen, soll die Ausgabe durch Schellen-Signal der Zeche bekanntgegeben werden. Ein Antrag der Kartoffelstelle, den Kartoffel-Verkauf den Händlern zu übertragen, fand nicht genügende Unterstützung. Wenn die Leute so lange ständen, läge die Schuld größtenteils selbst bei den Kartoffelholern, da diese mehrere Stunden vor der angekündigten Ausgabe bereits dort sein könnten. Es solle alles getan werden, die Ausgabe so weit wie möglich zu beschleunigen. Bei der Herbstbelieferung würde wieder wie im Vorjahre die Ausgabe straßenweise vorgenommen. — Eine weitere Anfrage ging dahin, wie es komme, daß der **Höchstpreis 9 Pfg. je Pfund Kartoffeln** sei, bisher aber das Doppelte gewonnen wurde. Dazu wurde bemerkt, daß der Preis von 9 Pfg. Erzeugerpreis für Westfalen sei, die westfälischen Landwirte sich also an diesem Preis halten müßten. Die dem Kreise zugeführten Kartoffeln seien größtenteils aus dem Auslande und teuer eingekauft. Der Preis für diese sei einheitlich für den ganzen Kreis festgesetzt worden. Aus Waggons, die vor dem 20. August abgesandt wurden, gelten die Kartoffeln 18 Pfg., die nach dem 20. August zum Versand kamen, 16 Pfg. je Pfund. — **Brot ohne Marken** hatte in Bergkamen der Bäckermeister Böker von hier abgegeben. Das Mehl dazu will er im Schleichhandel erworben haben. Bei der Revision der von B. abgegebenen Brotmarken fehlten über 2000 Marken. Diese wurden dann von B. nachgeliefert, weil — wie er angab — ein Teil irrtümlich zu Hause liegen geblieben sei. Für die Folge sollen nicht mehr Stichproben, sondern sämtliche von den Bäckern abgelieferten Marken nachgezählt werden, da sich herausgestellt hat, daß bei der Abgabe leichtfertig gehandelt wurde. Kommt eine ungenaue Abgabe nochmals bei Bäckern vor, so werden diese verpflichtet, die einzelnen Marken auf besondere Zählbogen zu kleben. Von der Schließung des Böker'schen Geschäfts soll diesmal noch Abstand genommen werden. — **Die Landwirte der Gemeinde Lerche** geben die Milch an die Molkerei ab. Hierfür sollen für unbrauchbar gewordene Kannen neue angeschafft werden. — Ein erneuter Antrag des Herrn Mannefeld auf **Belieferung mit städt. Waren** zwecks Verkaufs derselben fand diesmal die Majorität und wurde angenommen.

Von Metzgerseite war gewünscht worden, nach Möglichkeit das **Fleisch** schon so früh auszugeben, daß es **Freitagsabends verkauft** werden könne. Hierzu wurde bemerkt, daß dieses im Sommer unmöglich und auch nicht zweckmäßig sei. — **9000 Kilo amerikanisches Mehl** sind jetzt in Duisburg verladen worden. Immerhin kann die Ankunft in Kamen sich noch 8 Tage hinziehen. Es ist seitens des Lebensmittelamtes alles getan worden, von anderer Seite Mehl zu bekommen, doch ohne Erfolg. Die Ursache, daß wir hier mehrere Wochen kein Mehl bekommen, liegt darin, daß der Kahn, der das Mehl für Kamen enthält, noch längere Zeit unterwegs sein wird. Angenehm war die Mitteilung, daß für die letzten Wochen die nicht enthaltenen Mengen **Mehl nachgeliefert** werden (1½ Pfd. je Kopf). — **28 Zentner Konzernspeck**, das Pfund zu 8 Mark, sind eingetroffen, die auf Zusatzkarte ausgegeben werden. Weiter steht die Ankunft von Reichsspeck zu 4 Mark das Pfund bevor.

Eine längere und teilweise erregte Debatte schloß sich an die Verlesung der **Molkerei-Revisionsberichte**, die seitens des städt. Rechnungsbeamten Reinhold, der Kontrollkommission und des Molkereiverbandsrevisors gegeben worden sind, an. Es wurde nochmals nachdrücklichst die Absetzung des Verwalters Schenkmann gefordert, da die Bürgerschaft eher nicht zur Ruhe komme. Besser wäre es überhaupt gewesen, wenn Sch. sofort ohne Zwangsmittel den Posten verlassen hätte. Daß Sch. den Posten nicht weiter verwalten dürfe, war die einmütige Ansicht aller Mitglieder, nur über die einzuschlagenden Mittel und Wege gingen die Ansichten auseinander. Schließlich wurde beschlossen, nochmals von dem Molkerei-Vorstand die Absetzung des Sch. zu fordern. Sollte dem nicht Folge gegeben werden, wird man in einer demnächstigen Versammlung über die eventuelle Schließung der Molkerei schlüssig werden.

* *

Kamen, 22. Aug. **(Verschiedenes.)** Nach Mitteilungen aus Geschäftskreisen sind **Fälschungen von Kriegsanleihezinsscheinen** im Umlauf, derart, daß sehr geschickt Beträge der Kupons in größere Ziffern umgeändert sind, z. B. Kupons, die auf 2,50 Mark lauten, auf 250 Mark.

*

Der Wert der Mark.

Es sind zu zahlen

für:		am 20. August	am 5. August	vor dem Kriege ca.
Holland	100 Fl.	787 Mk.	645 Mk.	168 Mk.
Schweden	100 Kr.	498 „	415 „	112 „
Norwegen	100 Kr.	473 „	395 „	112 „
Schweiz	100 Fr.	359 „	303 „	80 „

*

Für die am 22. September in Dortmund unter dem Vorsitz des Landrichters Hesse beginnende Schwurgerichtstagung wurde Herr Bergmann Josef **Kriegern** aus Kamen ausgelost.

Obstdiebe besuchten vor kurzem zur nächtlichen Stunde den eingefriedigten Obsthof des Landwirts Eickelberg in Südkamen und füllten dort 3 Zentner-Säcke mit Obst. Am Bahnhof stellten die drei mit ihrer schweren Last auf und da sie sich in Widersprüche verwickelten, schritt der Polizeibeamte Balthaus zur Verhaftung. Während der Sicherheitsmann (!) **Weber** und Kraushaar **Czerney** aus Dortmund verhaftet wurden, entkam der dritte Täter Schlosser **Rommes** aus Dortmund.

(Zuckerschieber gestellt.) Seit einiger Zeit fiel es hiesigen Geschäftsleuten auf, daß ein und dieselbe Person stets große Mengen Zucker gegen Marken kaufte. Als dieselbe vorgestern wieder größere Einkäufe machte, wurde von einem Geschäftsmann die Polizei benachrichtigt, die der Sache auf die Spur ging. Zur Rede gestellt, erklärte der Eisenbahn-Anschreiber Lips aus Unna, um diesen handelt es sich hier, daß er die Zuckermarken von einem Melbeamtsangestellten des Amtes Unna-Kamen erhalten habe und er diesem auch den Zucker stets abnehme. Da der Angestellte mit der Lebensmittelverteilung im Amte Unna-Kamen nichts zu tun hat, scheint noch eine dritte Person eine Rolle dabei zu spielen. Vorgestern wurden dem Lips 49 Pfd. Zucker abgenommen. Anscheinend wurde die Ware für hohe Preise wieder losgeschlagen und anscheinend auch wurde der „Handel" schon lange betrieben.

Bergkamen, 22. Aug. **Die Gemeinderatssitzung** wählte als Delegierten zur Sesekе-Genossenschaft den Gemeindevorsteher. Der Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe für verheiratete Lehrer von 900 Mark, für unverheiratete von 560 Mark und für Lehrerinnen von 430 Mark wurde zugestimmt. Ein Antrag Lehnemann auf Bewilligung eines Zuschusses für die Jugendbewegung wurde zurückgestellt. Die Gemeindevertretung beschließt, sich an den Volkshochschulkursen in Kamen unter denselben Verhältnisen zu beteiligen wie die Stadt Kamen. Beschlossen wird die Errichtung einer gewerblichen Pflichtfortbildungsschule, beginnend mit dem Winterhalbjahr. Die Beschlußfassung des für die Fortbildungsschule notwendigen Ortsstatuts behält sich die Gemeindevertretung vor.

Wasserkurl, 22. Aug. **In der Gemeinderatssitzung** wurde einstimmig die Nachzahlung der Kriegsunterstützung für die Zeit vom 1. August 1914 bis 1. Mai 1915 genehmigt. — 120 Mark für Verbesserung der Spiekerstraße wurden bewilligt. — Infolge der Auflösung des Arbeiterrates wird die Lebensmittelkommission um zwei Mitglieder verstärkt, und zwar um die Herren August Kühnapfel und Heinrich Lemmert. — Dem Gemeindevorsteher wurde eine Erhöhung des Gehalts bewilligt. Er wird danach 100 Mark erhalten. Bezüglich der Sesekе-Genossenschaft will sich die Gemeinde Wasserkurl an Massen anschließen. Die Jagd soll nach Ablauf der Pachtfrist wieder neu verpachtet werden.

Siegen, 21. Aug. **Zwei internationale Taschendiebe**, der Schlosser Max Golmann aus Lomza in Polen, und der Schuhmacher Jakob Kolobzelski aus Warschau, die auf dem hiesigen Bahnhof im D-Zug-Wagen Frankfurt im Gedränge mehrere Diebstähle ausführten, wobei ihnen über 4000 Mark und sonstige Wertsachen in die Hände fielen, sind in Gießen verhaftet worden. Bei den Dieben wurden eine ganze Anzahl gestohlener goldener Uhren gefunden.

*

Die Arbeitszeit im Bergbau.

(TU) **Essen**, 21. August. Die vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Kommission zur Beratung der Arbeitszeit im Bergbau hat in den letzten Tagen diese Frage der Klärung erheblich näher gebracht. Gestern gab vor der Kommission einer der führenden Industriellen im Industriegebiet, Geheimer Rat Peter Klöckner, ein Gutachten ab, das ein außerordentlich ernstes Bild der schwierigen Lage entrollte. Klöckner betonte, daß Deutschland außerstande sei, die vierzig Millionen Tonnen Kohlen zu liefern, die der Friedensvertrag uns auferlegt. Aber auch bei einer Ermäßigung auf 20 Mill. Tonnen würde Deutschland dem Ruin entgegengehen. Eine nochmalige Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau könne im gegenwärtigen Augenblick nicht durchgeführt werden. Die überstürzte Einführung der achtstündigen Arbeitszeit sei in ihrer Schematisierung ein schwerer Fehler gewesen. Die Bergarbeiter würden dadurch in eine schwierige Lage geraten, weil sie ihrerseits wiederum zu einer Verkürzung der Schichtzeit gezwungen würden. Längere Ausführungen widmete Geheimer Rat Klöckner der Wohnungsnot und den Kohlenverkaufspreisen und richtete zum Schluß an die Arbeiter den Appell, die sechsstündige Arbeitsschicht fallen zu lassen, dafür aber zu versuchen, soweit es möglich sei, mehr als bisher zu arbeiten. Nur so wären wir imstande, der Katastrophe zu entgehen, die in längstens sechs Wochen über uns hereinbrechen würde. Von seiten der Arbeitnehmer trat Husemann gegen eine freiwillige Ueberschicht ein. Die Bergarbeiter wären noch nicht so erholt von den Folgen des Krieges, daß jetzt eine längere Schicht als 7 Stunden in Frage käme.

Weitere Nachrichten.

Ein amerikanisch-japanischer Krieg.

(UT) **Rotterdam**, 21. August. **Aus Washington wird gemeldet: In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte der Friedensdelegierte Millers, die Dinge im fernen Osten hätten eine derartige Gestaltung angenommen, daß die Gefahr eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Japan in große Nähe gerückt sei.**

Wilson über den Friedensvertrag.

Wie aus Washington gemeldet wird, hielt Präsident Wilson gestern gelegentlich der Konferenz mit den republikanischen Senatoren im Weißen Hause eine Rede, in der er ausführte, daß die Rückkehr zu normalen Lebens- und Industriezuständen von dem Beschluß des Senats über den **Friedensvertrag** abhänge und daß es von großer Wichtigkeit sei, diesen Beschluß nicht länger hinauszuschieben, da sonst die Zukunft des amerikanischen Volkes in Gefahr sei. Die Arbeitsleistung der Bergwerke in Missouri, Tennessy und Wisconsin sei auf ein Drittel gesunken. Besonders herrsche Mangel an Baumwolle und Schmieröl, an beinahe allen Rohstoffen, allen Lebensmitteln und allen Fabrikaten. Die normale Produktion Amerikas warte auf den **Frieden**. Auch die militärischen Pläne warteten darauf. Amerika könne noch keinen Beschluß fassen, wie groß **Heer und Flotte** im Frieden sein müßten und welche Politik bezgl. der militärischen Ausbildung eingeschlagen werden soll. Wenn Amerika nicht handle, würden die Völker, die den Friedensvertrag ratifizieren, wie England, Frankreich und Belgien, die Gelegenheit zur Kontrolle des europäischen Marktes erhalten, ohne die Konkurrenz Amerikas fürchten zu müssen. Was die Monroedoktrin betreffe, so werde sie durch den Völkerbundsvertrag nicht beeinträchtigt, wie dies im Vertrage auch ausdrücklich festgelegt sei. Wilson erklärte ferner, er sei der Meinung, daß der Artikel 10 (Völkerbundschutz für territoriale und politische Unversehrtheit) das Rückgrat des ganzen Vertrages bilde. Ohne diesen Artikel würde der Völkerbund jeden Einfluß verlieren. Bezüglich der Forderung, daß die Auslegung der amerikanischen Verpflichtungen im Ratifizierungsgesetz festgelegt werden müsse, erklärte Wilson, daß die ihm gemachten Vorschläge nichts anderes sagten, als was auch der Vertrag feststelle. Der Präsident warnt die Opposition davor, auf der gesetzlichen Festlegung zu bestehen, da die Einholung der Zustimmung der übrigen Regierungen die Ratifizierung verzögern würde.

Vereinsnachrichten.

Kaiserau, 22. Aug. **(Preisgekrönt.)** Der Bandoneon-Klub „Gut Klang"-Kaiserau errang auf dem Bandoneonspiel-Wettstreit in Heessen unter starker Konkurrenz den 1. Ehrenpreis im Chorspielen, die Mitglieder Paul **Jenke** den 4. Preis im Einzelspielen, Max **Jenke** den 4. Preis im Schwenken; ferner auf dem Wettstreit in Horstmar den 1. Preis im Chorspiel, Paul **Jenke** den 1. Preis im Einzelspiel, Max **Jenke** den 2. Preis im Schwenken. Die Auszeichnungen sind ein Beweis, daß der Klub unter Leitung seines Dirigenten Friedr. Kuhring vorzügliches in Konzert- und Ballmusik leistet.

Briefkasten.

L. I in Kamen. Bei der **kinderlosen**, nach 1900 **abgeschlossenen Ehe erbt**, wenn kein Testament vorhanden ist, **der überlebende Ehegatte** alle zum ehelichen Haushalt gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstückes sind und die Hochzeitsgeschenke als Voraus. Außerdem erbt er die Hälfte des übrigen Nachlasses des verstorbenen Ehegatten, die andere Hälfte fällt den Eltern oder den Geschwistern und Abkömmlingen verstorbener Geschwister oder den Großeltern des verstorbenen Ehegatten zu. Sind weder Eltern, Geschwister und Abkömmlinge dieser, noch Großeltern vorhanden, so erhält er die ganze Erbschaft. Er schließt also diese Abkömmlinge von Großeltern des Erblassers — Onkel, Tanten, Vettern, Basen usw. — aus.

Das Feuer.

Ein märkischer Roman von **Hans Schulze**.

(Nachdruck verboten.)

34. Fortsetzung.

Die Baronin erzählte aus ihrer Ehe, die fast zehn Jahrzent lang so gleichmäßig dahingegangen war, daß sie ihr jetzt in der Rückschau des Augenblicks wie ein einziger glücklich-ruhiger Tag erschien.

„Mein Mann war mir ein guter Kamerad," schloß sie, „dessen jäher Tod eine große Lücke in mein Leben gerissen hat. Wenn auch unsere Liebe kein solch Weltuntergangsgewitter war, wie es Dr. Rennwaldt entfesselt, wenn er „Tristan und Isolde" spielt!"

Alsleben nickte gedankenvoll.

„Ja, die Liebe!" sagte er. „Ein jeder Mensch liebt sie anders und wohl noch keiner hat ihre Tiefen ergründet. Auch in mein Schicksal hat sie einst mit rücksichtsloser Hand eingegriffen, daß ich noch die Narben davon fühle und damals meinte, ich müßte ein Weltmeer zwischen mich und jene Liebe legen.

„Ich bin ein schwerblütiger Mensch," fuhr er dann nach einer kurzen Pause fort. „Aber gerade darum hat es mich vielleicht um so tiefer gepackt. Schon als ganz junger Leutnant hab ich die leichten Liebeständeleien meiner Kameraden nie so recht begriffen, weil mir mein Elternhaus stets vor Augen stand und die Liebe etwas Hohes und Heiliges für mich war. Bis ich dann in meiner eigenen Ehe den Dämon in ihr kennen lernte, den Dämon der Leidenschaft, die nur zerstören, vernichten kann und nicht eher ruht, als bis sie [illegible] hat!"

Von neuem hielt er aufatmend inne und peitschte mit der Reitgerte nervös den feuchten Ufersand.

Drüben im Pahlowitz glomm hier und da bereits ein Licht auf; ein Wasservogel schrie im Rohr und die ersten Fledermäuse glitten in lautlos schwankendem Fluge vorüber.

„Mit Juden fing es an!" sagte er endlich, „und nach einem halben Jahr war alles vorbei!"

Wie sollte ich Ihnen meine junge Frau beschreiben in ihrer ersten holden siebzehnjährigen Jugend! Wie ein Maimorgen war sie, so sonnig, so frisch, so voll kindlicher Anmut.

Jeder Tag, den ich mit ihr verleben durfte, war mir wie ein Geschenk und noch scheint mir die Zeit meines kurzen Glückes zuweilen wie ein einziger schöner Traum.

Und dann kam die Katastrophe, plötzlich, ohne jede Vorbereitung, mit einem furchtbaren Schlage mein Leben vernichtend.

Ich war eines Tages in einer dringenden wirtschaftlichen Angelegenheit auf mein Gut in der Uckermark gefahren. Es war die erste Trennung in unserer jungen Ehe und ich ahnte damals nicht, daß es eine Trennung für alle Zeiten sein würde. Ich hatte meine Abwesenheit ursprünglich auf eine halbe Woche berechnet, allein die Dinge wickelten sich so glatt und günstig ab, daß ich schon am Abend des ersten Tages meine Rückreise antreten konnte.

Spät in der Nacht kam ich wieder in meiner Garnison an, so recht froh des Herzens, meine junge Frau zu überraschen.

Da es keinen Wagen mehr am Bahnhof gab, mußte ich zu Fuß nach Hause gehen.

Es war eine helle Mondnacht, und ich hatte einen ziemlich weiten Weg, denn die Villa, die wir gemietet hatten, lag ganz am anderen Ende der Stadt.

Als ich den kleinen Vorgarten durchschritt, hörte ich im Erdgeschoß auf einmal gedämpftes Sprechen.

Das Herz stand mir plötzlich still.

Vorsichtig schlich ich mich bis dicht ans Haus und lauschte.

Jetzt unterschied ich in der nächtlichen Stille ganz deutlich die Stimme meiner Frau und eine Männerstimme.

Mit beiden Händen krampfte ich mich in das Weinspalier und zog mich langsam daran in die Höhe.

Und dann sah ich durch den nur angelehnten Fensterladen des Eßzimmers meine Frau, meine angebetete Frau, für die ich jeden Augenblick mein Leben hingegeben hätte, in den Armen meines jüngsten Leutnants.

Erlassen Sie mir bitte weitere Einzelheiten.

Die Dinge nahmen ihren selbstverständlichen Verlauf.

Vierundzwanzig Stunden später standen wir uns mit der Pistole in der Hand gegenüber.

Ich erhielt einen Schuß in die linke Schulter, der mich lange Monate auf das Krankenlager warf.

Als ich endlich nach einem halben Jahr die Klinik wieder verlassen konnte, hörte ich, daß meine Frau mit jenem Manne ins Ausland geflüchtet sei.

Da litt es mich nicht mehr in Deutschland.

Ich reichte meinen Abschied ein, verkaufte mein Gut und ging nach Südamerika, wo ein Vetter von mir große Ländereien besitzt.

Das ist die Geschichte meiner Liebe.

Die einfache, alltägliche Geschichte des betrogenen Mannes, wie sie sich hundertfach ereignet und von der Welt zumeist noch im stillen belächelt wird.

Ich aber kann von mir nur sagen, daß es mich damals ins Herz getroffen hat, denn ich habe meine Frau über alles geliebt!"

„Und Sie haben nie wieder von ihr gehört?"

Ein harter Zug trat in Alslebens Gesicht.

„Doch, vor zwei Jahren traf ich in Brasilien einen alten Freund, der mir aus der Heimat Grüße brachte. Und mir auch von meiner Frau berichtete. Sie sei verdorben, gestorben. Nach einem Leben in Saus und Braus. Wer weiß wo."

— — — — — — — — — — — — —

Ein Schweigen entstand.

Feucht und kühl wehte es vom See herauf.

Die Baronin erhob sich.

„Wir müssen heim!" sagte sie leise.

Still ritten sie wieder durch den langsam dunkelnden Wald.

Ueber den verlassenen Wiesen brauten die ersten milchigen Nebel.

Aus einem Roggenfeld äugte ein Reh, das große, sanfte Auge ohne Scheu.

Eine letzte leise Erinnerung rann noch einmal in dem Manne an jene Frau, die einst mit seinem Glück und Leben gespielt hatte.

Süß, schwer und brennend.

Dann war es vorbei.

Für immer.

Als sie auf den Schloßhof einritten, schlug es bereits neun Uhr.

„Kommen Sie noch mit zum Abendbrot herein?" fragte die Baronin mit unsicherer Stimme.

Alsleben schüttelte den Kopf.

„Ich danke Ihnen, gnädige Frau! Aber ich möchte doch schon lieber jetzt um Urlaub bitten. Ich passe heute nicht mehr unter Menschen, gerade heute nicht! Gute Nacht!"

(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Betriebsräte-Gesetze.

Der Mittelrheinische Fabrikantenverein und die Vereinigung der Arbeitgeberverbände von Mainz, Wiesbaden und Umgebung nahmen einstimmig eine Entschließung an, die sich scharf gegen die Neufassung des Gesetzentwurfs über Betriebsräte wendet. Insbesondere wird auf die Regelung des passiven und aktiven Wahlrechts, Herabsetzung auf das 18. bezw. 20. Lebensjahr, die Einbeziehung auch der Lehrlinge und die Gleichstellung der ausländischen mit den inländischen Arbeitern, ferner auf die für die Betriebsräte vorgesehenen Befugnisse bei der Einstellung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter (auch der Angestellten in gehobenster Stellung), bei der Einführung neuer Arbeitsarten, vollberechtigte Mitwirkung in den Aufsichtsräten und bei der Aufstellung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung hingewiesen. Derartige Befugnisse seien mit der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortlichkeit und dem Risiko des Unternehmers, ja mit dem Wesen des Privateigentums schlechterdings unvereinbar. **Das Gesetz würde schlimmer wirken als eine Sozialisierung**, denn bei dieser übernähme die Gemeinschaft die Verantwortung und das Risiko, während bei diesem Gesetz unverantwortliche Personen mitzuwirken hätten, das volle Risiko aber dem Unternehmer verbliebe. Die Vereine erhebn schärfsten Einspruch gegen das Gesetz, dessen Einführung nach ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung zur **vollkommenen Untergrabung der Privatwirtschaft** führen und das Wiederaufleben unserer Industrie zur Unmöglichkeit machen würde.

Aus aller Welt.

— **Marie Antonie von Parma.** Königin Viktoria von England und Königin Marie von Dänemark, die Gemahlin Christians IX., die unstreitig einen großen Einfluß auf die politischen Verhältnisse in Europa ausgeübt haben, haben Schule gemacht. Auch die beiden Schwestern, Königin Alexandra von England und die Zarin Marie Feodorowna von Rußland, waren Frauen von sehr eifriger politischer Betätigung. Zu denen Schwestern gesellte sich als fürstliche Diplomatin die Herzogin Marie Antonia von Parma, Stiefgermutter des letzten Kaisers von Oesterreich, geborene Prinzessin von Braganza, die in Cannes in Südfrankreich lebt und von dort aus sehr lebhafte Beziehungen zu allen noch existierenden Höfen unterhält. Es ist nicht nur eine energische, sondern auch geschäftstüchtige Frau. Sie hat große Lebensmittellieferungen nach Oesterreich-Ungarn ausgeführt und dabei Millionen verdient, da sie in Wien gute Mitarbeiter hatte. Sie hat auch wichtige Beziehungen zur Entente, und heute ist ihre Idee ihre Stieftochter Zita wieder zur Kaiserin zu machen. Obwohl ihr Schwiegersohn, der frühere Kaiser Karl ganz von seiner Frau beherrscht ist, ist er doch nicht so blind, um nicht zu wissen, daß er, in Deutsch-Oesterreich wenigstens, allen Kredit verloren hat. Aber die Herzogin Marie Antonie und ihre Tochter Zita arbeiten eifrig an der Wiederherstellung des Purpurmantels. Vielleicht erreichen sie auch noch etwas. Die Völker wären um dieses Herrscherpaar allerdings kaum zu beneiden.

Was ist das **Tages-gespräch?** 3311

2 Platz-Arbeiter gesucht. 3309
Th. Nierhoff, Holzhandlung
Kamen, Bahnhofstr. 46.

Turn-Verein „Germania" Südkamen.

Zur Feier seines 15jähr. Bestehens
veranstaltet der Verein am
Sonntag, den 24. August,
beim Wirt Düfelshöft in Südkamen ein
Preis-Turnen
mit anschließendem
BALL!!
Beginn 3 Uhr nachmittags.
Eintrittspreis:
1,50 Mk. für Herren und 1,00 Mk. für Damen.
Zum Besuch ladet ein 3305
Der Vorstand.

Das grosse **Massensterben der Kaninchen** verhütet bei Blähungen, Kolik, Trommelsucht usw.
Apotheker Schambachers „Kamillol"
Völlig unschädlich! Dauernde Anerkennungen!
Preis per Flasche Mk. 2,50
Erhältlich Germania-Drogerie, Heinr. Jacobi. Löwen-Drogerie, Ecke West- u. Nordstr.

Rolle Porten kommt wohin

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft
Nachdem unser bisheriger Agent, Herr August Klemp, gestorben ist, haben wir die Verwaltung unserer Agentur Kamen I dem Kaufmann Herrn
Fritz Jeromin, Kamen
Kämerstrasse 7
übertragen.
Düsseldorf, den 15. Aug. 1919.
Die General-Agentur der Magdeburger Feuerversich.-Ges.:
Hans Mosenhauer.

Im Anschluss an nebenstehende Anzeige empfehle ich mich bestens zur Vermittlung von Versicherungen gegen Feuer, Einbruchdiebstahl und Mietverlust und erkläre mich gleichzeitig zu jeder weiteren Auskunft gern bereit.
Kamen, den 15. Aug. 1919.
Fritz Jeromin.

Möbel!
Empfehle meine Auswahl in modernen
Küchen und Schlafzimmern
natur lackiert und gestrichen, schwere Ware mit Spiegelscheiben.
Besonders preiswert:
Echt eichene Schlafzimmer
Besichtigung meines Lagers auch ohne — Kaufzwang! —
Emil Specht,
Heeren.
Weiss emaillierte Kochherde in grosser Auswahl. 3129

Einen großen Posten **engl. Zigaretten** versteuert, F. Bandero, Goldback, Nam Cut, Fairfax, Bitmont, billig abzugeben.
Mank, Bahnhofstr. 38.

Verkaufe heute einen Waggon prima
rote Möhren
Zentner 9 Mk. Pfundweise 12 Pfg.
Ferner 1 Posten
Birnen
Pfund von 40 Pfg an. 3316
W. Neff, Kamen,
Klosterstraße. Telephon 122.

Lauf-Bursche gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Kurtheater Bad Königsborn.
Samstag, den 23. August 1919, pünktlich 8 Uhr beginnend, die auf allen Bühnen mit durchschlagendem Erfolge aufgeführte große Operette:
„Dreialte Schachteln"
In der Hauptrolle: Herr Max Seibicke.
Mäßige Preise, recht glänzende Ausstattung und gute Musik.
Vorverkaufskarten sind telephonisch bei der Badeverwaltung Nr. 28 Unna zu haben. 3318

Aelteres, ordentliches **Mädchen** für alle Hausarbeit per sofort oder später, bei gutem Lohn, sucht
Molkerei Schaffner, Hamm, Friedrichsplatz.

Junges **Mädchen** findet Stellung zur Erlernung der Küche und des Haushalts ohne gegenseitige Vergütung.
Hotel König v. Preußen Kamen. 3310

Ordentl. Mädchen für kleinen Haushalt bei gutem Lohn sucht 3320
Frau Dr. Gesner, Unna, Fierlohnerstr. 1.

Ladenlokal mit Einrichtung und Wohnung billig zu vermieten. 3326
Wo sagt die Geschäftsstelle d. Ztg.

Fast neue Küche, weiß. Herd, Bettstellen m. Matratzen Kleider-Schrank, Wasch-Kommode zu verkaufen. Blume, Schillstr. 5.

Bücherschrank zu kaufen gesucht.
Angebote erbitte an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Billige Möbel.
Die s. Zt. von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebenen Mustermöbel für Minderbemittelte sind nunmehr eingetroffen und in den Geschäften der Schreiner:
a. Stumm, Weißestraße,
b. Fischer, Klosterstraße,
c. Bülhoff, Kampstraße,
mit Preisangabe ausgestellt, woselbst Bestellungen entgegengenommen werden. Die Möbel werden alsdann durch Sammelbestellung von Berlin bezogen, wodurch an Unkosten erheblich gespart wird.
Es kann nur dringend empfohlen werden, von der günstigen Kaufgelegenheit Gebrauch zu machen.
Kamen, den 20. August 1919.
Der Magistrat: Lepke.
3423

Empfehle **Rhenser Mineral-Wasser**
Fr. Grundmann Wwe., 3307 Kamen, Norden-Mauer 32.
Telefon Nr. 108.

2 tüchtige **Installateure** gesucht. 3315
Städt. Gas- u. Wasserwerk Kamen.

Anzeigen aller Art inseriert man erfolgreich in der **Kamener Zeitung.**

Mobiliarverkauf Kamen.
Montag, den 25. d. Mts., morgens 9 Uhr, läßt Herr Schuhmachermeister W. Besler, Kirchstraße Nr. 11 hier folgende Gegenstände als: 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 kl. Tisch, 6 Stühle, 1 Nachttisch, 1 Mantelstock, 1 Wäschekorb, ferner 1 Fallofen, 1 Schusternähmaschine, 1 Drahtwiege, 1 Waschmaschine u. s. w. durch mich öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen. 3317
Kamen.
Reinhard, Gerichtsvollz. Aukt.

Grasverkauf Heil.
Mittwoch, d. 27. d. M., nachmittags 5 Uhr, läßt Herr Lippmann in Heil 22 Morgen 3322
sehr gutes Gras in der Herrenwiese und Kämpken öffentlich nummerweise zum Verkauf aussetzen.
Heil. Brüggemann, Auktionator.

Habe einen Posten **Zwei-Zentner-Säcke** prima Qualität abzugeben. 3304
Karl Mösling, Weststraße 82.

Samstag: 3 Uhr Kinder-Vorstellung, 7 Uhr Vorstellung.
Sonntag: 4 Uhr Anfang.

Verteilung von Spiritus.

Der Stadt Kamen wird monatlich eine geringe Menge Flaschenspiritus überwiesen, die leider längst nicht zur Befriedigung des bestehenden Bedarfs ausreicht. Es muß daher darauf Bedacht genommen werden, nur die dringendsten Wünsche zu befriedigen. Bei der im nächsten Monat stattfindenden Verteilung werden daher auch nur diejenigen Leute Berücksichtigung finden können, welche nachweisen, daß der Spiritus zu Kochzwecken für Säuglinge bis zu einem Jahre oder für Kranke notwendig ist. Dazu ist die Vorlage des Familienbuches, ärztliche Bescheinigungen oder Atteste aus jüngster Zeit erforderlich. Die Ausgabe eines Liters Spiritus erfolgt für einen Zeitraum von 2 Monaten. Die Zuteilung einer größeren Menge an die Stadt ist beantragt. Ob eine erhöhte Ueberweisung möglich ist, muß abgewartet werden. 3306

Kamen, den 14. August 1919.

Der Magistrat: Lepke, Stadtrat.

Der Kaufmann August Mellenhoff zu Kamen, vertreten durch den Rechtsanwalt Bona in Kamen, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuche von Kamen, Band VII, Blatt Nr. 30, in Abt. III unter Nr. 4 für den Ziegeleibesitzer August Mellenhoff zu Kamen am 30. Mai 1907 eingetragene, seit 25. Mai 1907 mit jährlich fünf vom Hundert verzinsliche Darlehnsforderung von zweihundertfünfzig Mark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 29. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Kamen, den 14. August 1918.

3303 Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Als weitere Beisitzer für das hiesige Mietseinigungsamt sind gewählt worden:

Beisitzer aus dem Kreise der Hausbesitzer.
Uhrmachermeister Jos. Kupperschlag
Beisitzer aus dem Kreise der Mieter,
Bergmann Adolf Knoblich.

Kamen, den 15. August 1919. 3304

Der Vorsitzende des Mietseinigungsamtes
J. V. gez.: Dr. Karpe.

Die Urliste derjenigen Personen des Magistratsbezirks Kamen, die zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt vom 23. August 1919 ab eine Woche lang zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden im Rathaus, Zimmer 11, offen. Einwendungen gegen diese Liste können während der Offenlegung bei dem Unterzeichneten angebracht werden. 3321

Kamen, den 20. August 1919.

Der Bürgermeister. J. V.: Lepke, Stadtrat.

Ins **Central-Theater** Kamen, Weststr. 46